

Prof. Dr. Paul JJ Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal; Jean Monnet Chair und Lehrstuhl Makroökonomik, Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. ([www.eiwiw.eu](http://www.eiwiw.eu)) [welfens@eiwiw.uni-wuppertal.de](mailto:welfens@eiwiw.uni-wuppertal.de); Tel +49 0202 4391371 PR-Mitteilung 4.2.2015

- **Tsipras-Wahlsieg nicht überraschend; bisher Politik weitgehend konzeptionslos**
- **Fehlender Marshall-Plan hat zur Zerstörung des Politiksystems geführt**
- **Ohne Strategie für Exportwachstum für Griechenland kein Aufschwung denkbar**

## **Schuldenschnitt II für Athen oder alte Fragen neu zu beantworten?**

Die konservative Nea Dimocratia in Athen ist bei den vorzeitigen Wahlen vom 25. Januar 2015 abgewählt worden und damit ist jene Partei abgetreten, die für den historischen Defizitbetrag der Regierung Griechenlands im Wahljahr 2009 stand, als man 4% Defizitquote an die Europäische Kommission meldete, aber 15,6% als Ist-Wert realisierte. Nach fünf Jahren Rezession hintereinander, mit kumuliertem Realeinkommensrückgang von 25% hat eine Mehrheit der griechischen Wähler sich für relativ radikale Parteien entschieden: Entstanden ist nun eine schräge Regierungskoalition mit einer linken Partei, nämlich Syriza, und einer rechtspopulistischen Partei als Junior-Partner. Kommt die Abkehr von der politischen Mitte hier für Deutschland überraschend? Wohl eher nicht, denn man weiß aus den Erfahrungen mit drei aufeinanderfolgenden Rezessionsjahren in der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre - damals in Deutschland -16% an realem Einkommensrückgang -, dass eine lange, sehr schwere Rezession zu politischer Destabilisierung und Radikalisierung führt. Einer solchen Entwicklung in Griechenland hätten die EU-Länder mit einem Marshall-Plan vorbeugen können: Ausgerechnet Deutschland, Hauptempfänger des US-Marshall-Plans, hat hier politisch unhistorisch gehandelt, versagt. Ein solcher Hilfsfonds in Verbindung mit zwingenden Privatisierungsaufgaben hätte den Rückgang des Bruttoinlandsproduktes sehr wahrscheinlich auf weit unter 20% begrenzen und durch hohe Produktivitätsfortschritte nach drei Jahren Rezession erhebliches Wirtschaftswachstum erreichen können. Man hat nicht einmal pragmatisch die technische Unterstützung der in Privatisierungsfragen in 29 postsozialistischen Ländern erfahrenen EBRD (s. Welfens, 2012) für Griechenlands Privatisierungen mobilisiert. Nun steht man aus Berliner und Brüsseler Sicht vor einem Scherbenhaufen in Athen. Griechenlands Regierung hat ihrerseits kein Konzept gefunden, das Exportwachstum stark zu steigern bzw. -Finanzierungsprobleme abzubauen. Ohne Exportdynamik gibt es kein hohes Wirtschaftswachstum. Griechenlands Regierung hat einen zweiten Schuldenschnitt gefordert und will nicht mit der Troika (IMF, EZB, Europäische Kommission) zusammen arbeiten. Nun sieht man, wie naiv eine Rettungspolitik war, die einerseits Marshall-Plan-los die Zerstörung des politischen Systems zuließ und zugleich in einem ersten Schuldenschnitt private Gläubiger mit 100 Mrd. € Abschreibungen konfrontierte, während sich niemand an das hohe Staatsvermögen des Landes traute: Athen hat in fünf Jahren kaum 1% des Staatsvermögens von über 350 Mrd. € privatisiert. Die Syriza-Partei verfolgt z.T. einen Nirwana-Ansatz: Trotz viel zu hoher Staatsquote sollen neue Staatsjobs geschaffen werden, die ohnehin geringen Privatisierungen rückgängig gemacht werden; ein Rezept für den ökonomischen Abstieg, der bald zu einem Bankenrun führen kann.

In einem Punkt hat die neue Regierung wohl Recht: Die vom Troika-Fahrplan vorgesehene hohe Primärüberschussquote – Haushaltsüberschuss vor Zinsausgaben relativ zum Bruttoinlandsprodukt – von künftig rund 5% ist bei Mini-Wachstum nicht zu erreichen; 2014 war die Quote gerade bei 2%. Man könnte Athen hier mit einer Wachstumsklausel entgegen kommen, wonach bei geringem Wachstum eine Überschussquote von 2,5% ausreicht: vorausgesetzt, dass Privatisierungen durchgeführt werden. Schließlich die wichtige Frage, ist die Forderung nach einem zweiten Schuldenschnitt gerechtfertigt?

Die Relation von staatlichen Zinsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt betrug in Griechenland 1998 – vor dem Start der Eurozone - gut 8%, Ende 2014 waren es dank sehr niedriger Zinssätze kaum 4,5%. Athen leidet von daher keineswegs unter untragbarer Staatsverschuldung – mit einer allerdings hohen Schuldenquote von rund 175% Anfang 2015. Dass es vernünftig wäre, Griechenland in Sachen mehr Wachstum und Beschäftigung bzw. Überwindung der hohen Jugendarbeitslosenquote seitens der EU-Partner zu helfen, steht auf einem anderen Blatt. Möglicherweise könnte das neue EU-Infrastrukturprogramm mit Priorität für Projekte in Griechenland und den Nachbarländern starten.

Bei Privatisierungen bzw. Veräußerungen von Staatsvermögen Griechenlands könnte die EU sich verstärkt einschalten, zumal die neue Regierung wenig Anlass hat, bei der Privatisierung der staatlichen Immobilien den alten Klientelismus fortzusetzen. Der alte Athener Flughafen im Stadtteil Glifada, der 2004 wegen der Eröffnung des neuen Flughafens zur Olympiade geschlossen wurde, war auch eine Dekade später nicht privatisiert. Das ist politische Arbeitsverweigerung bzw. eine sonderbares Versäumnis in Sachen Privatisierung gegenüber den eigenen Bürgern. Die Privatisierung der vielen Staatsimmobilien ist dringend, sie kann genutzt werden zur Halbierung der Staatsschuld, dann reicht auch die jetzige Primärüberschussquote von 2% in etwa aus: die Troika-Marke von 5% in 2015 ist so unnötig. Der neue Regierungschef Tsipras, der sich auch gern zum Sprecher anderer Länder macht, hat einen weitergehenden Schuldenschnitt für andere Euro-Krisenländer gefordert. Doch Griechenland ist mit

seiner budgetpolitischen Unvernunft von 2009 ein ziemlicher Sonderfall gewesen, der allerdings in dem in Sachen Bankenaufsicht versagenden Politiksystem Irlands einen Zwilling hatte; die Barroso-Kommission war untätig. Privatisierungen bleiben in Griechenland notwendig, wobei Veräußerungserlöse zu 3/4 in die Schuldentilgung gehen sollten. ¼ wäre für die Finanzierung öffentlicher Investitionen einzusetzen. Kann Griechenland die Schuldenrückzahlung verweigern und damit den EU-Steuerzahlern ernste Sorgen bereiten? Das ist unklar, denn was die Kombination von sehr linker und sehr rechter Politik wirklich als Regierung Griechenlands will, wenn es ernst wird, wird man erst sehen, sobald die harten Alternativen Austritt aus der Eurozone – plus EU - versus Verbleib als vertragstreuer Partner in der Eurozone ernsthaft zur Debatte stehen. Ob man Griechenland womöglich bei den Laufzeiten der Kredite nochmals wird entgegenkommen können, bleibt zu prüfen. Eine bedingungslose Streckung von Laufzeiten unter der Überschrift „bis Wirtschaftswachstum vorhanden ist“ kann man nicht empfehlen, da die sehr widersprüchlichen wirtschaftspolitischen Vorstellungen aus dem Wahlkampf von Wahlsieger Tsipras als wachstumsschädlich gelten müssen. Allerdings könnte Griechenlands Regierung bei einer Wachstumsinitiative möglicherweise unterstützt werden. Das Land braucht mehr Luft zum Atmen bei den Kommunen und im Gesundheitssektor, zudem einen Aktionsplan zur Förderung der Exportdynamik. Eine denkbare Kooperationsebene zwischen Griechenland und seinen EU-Partnerländern könnte eine gezielte Aktivierung neuer Städte-Partnerschaften sein; Verwaltungspartnerschaften können ökonomisch und politisch sinnvolle Signale der Zusammenarbeit setzen, wobei es 2010-14 bereits einige Initiativen gab. Im Übrigen sei angemerkt, dass schon vor Jahren klar war, dass Griechenland eine fünfjährige Mega-Rezession ohne politische Verwerfung nicht würde bewältigen können – zur Erinnerung: Deutschland hatte in der Weltwirtschaftskrise der 1930er über drei Jahre eine Mega-Rezession und schon implodierte das Politiksystem. Von daher tragen auch jene Verantwortung in Sachen Krise in Griechenland, die sich dem Start eines Marshall-Plans für das Land widersetzen. Fünf Jahre Rezession sind ein stabilitätspolitischer Overkill (s. [Welfens, Die Zukunft des Euro, Berlin 2012](#)). Ökonomische Stabilität in Verbindung mit einer Destabilisierung des Politiksystems gewinnen zu wollen, ist mehr als widersprüchlich. Immerhin ist anderen Krisenländern ein Aufschwung geglückt. Im Übrigen gilt es seitens der Eurozone endlich durchdacht Lehren aus dem Griechenland-Problem bzw. dem politischen Betrug von 2009 zu ziehen. Eine Wiederholung eines Defizit-Betruges zu verhindern, geht nur durch die Verbindung von drei Maßnahmen:

- 1) Einführung einer gemeinsamen Budgetsoftware in allen Ländern der Eurozone, wobei die Europäische Kommission sowie ggf. auch Bürgerinnen und Bürger künftig Planung und Ausführung des Staatshaushaltes in Echtzeit einsehen können sollen – ein erneut mit einem Jahr Zeitverzögerung festgestelltes Mega-Defizit bei einem Mitglied der Eurozone (wie Griechenland 2009) ist zu vermeiden.
- 2) Gründung einer Euro-Politikunion und die Gründung euroländischer Parteien. In den USA ist es die Verbindung verfassungsrechtlicher Schuldengrenzen der Bundesstaaten (mit Ausnahme eines Bundesstaates) und die Existenz national aufgestellter Parteien – mit dem politischen Traumjob des Präsidenten an der Spitze des Landes -, die weitgehend garantiert, dass eine Überschuldung auf der Ebene der Bundesstaaten nicht vorkommt. Wer als Gouverneur eines Bundesstaates dauerhaft hohe Schulden aufnehmen wollte, der hat ein politisches Problem, da ein Defizit der laufenden Periode in künftigen Perioden laut Verfassungsbestimmung umgehend abzubauen ist. Nur der Bund in Washington DC darf Kredite dauerhaft aufnehmen; die antizyklische Fiskalpolitik läuft natürlich im Kern über Washington. Ein Fall wie in Griechenland 2009 kann in den USA nicht auftauchen, denn der Gouverneur jenes Staates, der 1% Defizitquote ankündigt, aber 11% Defizitquote realisierte, handelte erstens verfassungswidrig und zudem wäre die Parteikarriere des Betreffenden im Nu vorbei. Dieser Mechanismus fehlt in der Eurozone. Beide Rotsignale vor Augen lässt es in den USA bislang auch kein Gouverneur bzw. Bundesstaat seit mehr als 150 Jahren darauf ankommen, eine Harakiri-Defizitpolitik zu verfolgen. In der Eurozone wäre es notwendig, die supranationale Ebene mit einer höheren Staatsverbrauchsquote auszustatten als bisher: gut 6% statt 1%, wozu die Verlagerung nationaler Infrastrukturausgaben und Verteidigungsbudgets sowie einiger Energie-Innovationsförderungsbudgets inhaltlich geeignet wäre. Hinzu kämen Ausgaben für die ersten sechs Monate Arbeitslosigkeit. Selbst wenn ein EU-Land in Konkurs ginge, so wäre der Staat als handelnder Akteur in jedem Mitgliedsland weiter aktiv und nicht quasi mit einem denkbaren nationalen Konkurs verschwunden: mit verheerenden Effekten für Wirtschaft und Gesellschaft. Die Staatsverbrauchsquote in Washington lag in 2013/2014 bei rund 9%; die Sozialausgabenquote auf der US-Bundesebene stand bei 11%. In Brüssel gäbe es also – zur Klärung hier betont – ein Euro-Parlament, Eurobonds und ein Euro-Steuersatz, allerdings wäre die durchschnittliche Einkommenssteuersatz über alle Staatsebenen gerechnet wegen zu realisierender Effizienzgewinne mindestens einen Prozentpunkt geringer als bisher. Die Überwachung von EU-Ausgaben wäre deutlich zu verschärfen. Im Übrigen gilt, dass bei Existenz einer Euro-Union ein neuer Defizitbetrug in Euro-Mitglied X dessen Konkurs bedeutet.

Wenn Deutschland die Diskussion über eine Euro-Politikunion nicht aktiv selbst voran bringt, sondern am Ende in einer neuen Krise das Thema Politikunion die Euro-Länder überrollen würde, wird man seitens Deutschlands keine guten Zugeständnisse von Partnerländern in Verhandlungen heraus schlagen können.